

## Fraktionserklärung Grosser Stadtrat Schaffhausen

<b>Betrifft</b>	<b>VdSR Kompetenzzentrum Tiefbau Schaffhausen vom 9. Dezember 2014</b>
Verfasserin	Katrin Bernath, Grossstadträtin / Fraktionspräsidentin (GLP)
Datum	18. August 2015

Die OEBS-CVP-EVP-GLP-Fraktion hat sich intensiv und kritisch mit der Vorlage zum Kompetenzzentrum Tiefbau auseinandergesetzt. Wir anerkennen das Engagement aller Beteiligten, eine Lösung zu erarbeiten, die für den Kanton und für die Stadt vorteilhaft ist. Die Vorlage zeigt das Ergebnis von umfangreichen Arbeiten, die zur Vorbereitung der Zusammenführung der Tiefbauämter von Stadt und Kanton geleistet wurden. Es ist aber allen Beteiligten klar, dass ein grosser Teil der „Knochenarbeit“ für die konkrete Umsetzung noch folgt.

In den Kommissionssitzungen haben wir viele Fragen eingebracht; ein Teil davon konnte geklärt werden und wir bedanken uns bei allen Beteiligten für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Fragen. Einige davon werden erst bei den noch anstehenden Arbeiten, wie beispielsweise bei der Erarbeitung der Anhänge zum Rahmenvertrag, zu klären sein.

Aufgrund verschiedener Fragezeichen, die momentan in Bezug auf die operative Umsetzung noch bestehen, ist unsere Zustimmung zur Vorlage mit einer gewissen Skepsis verbunden, auch wenn wir einer Zusammenarbeit von Stadt und Kanton und insbesondere der gemeinsamen Nutzung der Infrastruktur grundsätzlich positiv gegenüber stehen.

Es ist uns aber auch bewusst, dass die aufwändigen Detailarbeiten nur notwendig sind, wenn die Bevölkerung von Stadt und Kanton der angestrebten Lösung im Grundsatz zustimmt. Deshalb ist es wichtig, jetzt den Grundsatzentscheid zu fällen und eine Basis für die Ausarbeitung der Details legen.

In meinen folgenden Ausführungen werde ich darlegen, warum wir der Vorlage zustimmen und was aus unserer Sicht zentrale Punkte sind, die bei der operativen Umsetzung zu berücksichtigen sind:

- Zuerst ein Hinweis zur sogenannten „Zusammenführung der Tiefbauämter“: Wenn wir die vorgeschlagene Lösung aus Sicht der Stadt ehrlich bezeichnen wollen, geht es um die Auslagerung der städtischen Tiefbauarbeiten an den Kanton, wobei dieser das heutige Personal sowie die Geräte und Fahrzeuge der Stadt übernimmt.  
Die Stadt ist also zukünftig Bestellerin von Leistungen beim Kanton. Dies ist aus unserer Sicht nicht grundsätzlich positiv oder negativ zu beurteilen. Zentral für eine für die Stadt und den Kanton gelungene Umsetzung sind jedoch das gegenseitige Vertrauen und eine offene Kommunikation.  
Soweit wir den bisherigen Verlauf der Arbeiten beurteilen können, sind wir zuversichtlich, dass heute eine gute Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit besteht.
- Ein zentrales Argument für die vorgeschlagene Lösung ist, dass die heutigen Werkhöfe der Stadt, sowohl derjenige des Tiefbauamtes an der Hochstrasse als auch der Werkhof von SHPower am Lindli in einem sehr schlechten Zustand sind und ein hoher Investitionsbedarf besteht.

Eine Sanierung an den bestehenden Standorten macht aufgrund der Lage der beiden Grundstücke keinen Sinn. Deshalb ist der Ausbau und Neubau am bestehenden Standort des kantonalen Werkhofes sinnvoll. Wie die Vollkostenrechnung zeigt, ist die vorgeschlagene Lösung für die Stadt die günstigere Variante als ein eigener neuer Werkhof und auch für den Kanton finanziell vorteilhaft.

(Zu den frei werdenden Grundstücken hier nur eine Klammerbemerkung: Die Frage, ob diese verkauft oder im Baurecht abgegeben werden, soll den Entscheid zum Kompetenzzentrum Tiefbau nicht beeinflussen. Deshalb haben wir uns dagegen ausgesprochen, die Frage des Verkaufs ist in die vorliegende Vorlage aufzunehmen.)

- Die gemeinsame Nutzung der Infrastruktur, d.h. Gebäude, Geräte und Fahrzeuge schafft betriebliche Synergien, da eine bessere Auslastung möglich ist.  
Ob auch personelle Synergien im erhofften Umfang erzielt werden, ist aus unserer Sicht zweifelhaft. Die personellen Ressourcen im städtischen Tiefbauamt sind heute bereits knapp und die Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen und Bereichen, wie z.B. Entsorgung oder Stadtgrün, ermöglicht heute schon einen effizienten Personaleinsatz.
- Zentral bei der operativen Umsetzung ist, wie die Zuständigkeiten und Prozesse für die Bestellung und Überprüfung der Leistungen erfolgt, die vom Kompetenzzentrum für die Stadt erbracht werden. Diese Punkte werden in den Anhängen zum Rahmenvertrag festgelegt.  
Damit dabei die Interessen und die Bedürfnisse der Stadt sachgerecht einfließen können, sind die Erfahrungen und das Wissen der heute mit diesen Aufgaben betrauten Mitarbeitenden wichtig. Bei der momentan angespannten Personalsituation im Tiefbauamt ist ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, wie die Ressourcen sichergestellt werden können für die wichtige Aufgabe, die Bestellliste mit den Standardleistungen zu erarbeiten.
- Eine wichtige Funktion wird die Person haben, die gemäss Antrag 4 in einem Teilzeitpensum für die Bestellung der Tiefbauarbeiten für die Stadt verantwortlich sein wird. Damit verbunden sind verschiedene Aufgaben und wir bezweifeln, dass diese von einer einzelnen Person in einem Teilzeitpensum wahrgenommen werden können, u.a. auch deshalb, weil die Arbeiten nicht gleichmässig über das Jahr verteilt sein werden.  
Deshalb möchten wir den Stadtrat dazu anregen, verschiedene Varianten zur Ansiedlung und Ausgestaltung dieser Stelle zu prüfen und dabei neben der angedachten Zusammenlegung mit der Leitung der Entsorgungsabteilung auch mögliche weitere Synergien mit Aufgaben in verwandten Bereichen zu prüfen.
- Ein weiterer Hinweis für die operative Umsetzung betrifft das Controlling: Damit die Qualität und Kosten der erbrachten Leistungen seriös geprüft werden können, ist eine klare Trennung von ausführender und prüfender Stelle wichtig.  
Wichtig ist zudem, dass die zuständigen Gremien, wie z.B. der Stadtrat und unsere GPK, vollständigen Einblick haben in die Abrechnungen und die Grundlagen der Vollkostenrechnung, was uns in der Kommission zugesichert wurde.

Zusammengefasst sehen wir die Vorteile für die Stadt in erster Linie darin, dass wir keine Investitionen in einen neuen Werkhof tätigen müssen und die Infrastruktur effizienter genutzt werden kann.

Aus diesen Gründen werden wir auf die Vorlage eintreten und ihr – je nach Verlauf der Diskussionen heute mehrheitlich oder einstimmig – zustimmen.